

Reparaturbonus kommt bald zurück

Im Mai waren die Mittel wegen großer Nachfrage bereits ausgeschöpft.

Wien. Der seit Mai pausierende Reparaturbonus soll laut Klimaministerium heuer „gegen Jahresende“ fortgeführt werden. Derzeit werde der Bonus evaluiert, teilte das Ministerium von Norbert Totschnig (ÖVP) in einer Aussendung mit. Im Rahmen der Budgetplanung 2026 wurden für den Reparaturbonus 30 Millionen Euro jährlich veranschlagt.

Wegen großer Nachfrage waren die vorgesehenen Mittel heuer bereits im Mai ausgeschöpft. Für den Reparaturbonus standen seit dem Förderstart im Jahr 2022 rund 130 Millionen Euro aus dem EU-Aufbau- und Resilienzfonds zur Verfügung. Dazu kamen Mittel vom Bund. Bisher wurden mehr als 1,7 Millionen Bons für eine Reparatur, ein Service oder die Wartung ihrer elektrischen und elektronischen Geräte und Fahrräder eingelöst. Besonders oft wurden dabei Smartphones, Geschirrspüler, Waschmaschinen und Kaffeemaschinen von den rund 6000 Partnerbetrieben repariert.

Mehr Effizienz

Landwirtschaftsminister Norbert Totschnig (ÖVP) hatte bereits im Mai angekündigt, dass der Förderstopp nicht das Ende des Reparaturbonus bedeute. Er wolle das Programm evaluieren, damit das Geld „künftig noch gezielter und effizienter eingesetzt werden“ könne, erklärte der Minister. Heftige Kritik war damals von den Grünen gekommen: Das grüne Erfolgsprojekt müsse rasch fortgesetzt werden, „mit klaren Rahmenbedingungen und einem neuen Budget“, sagte Leonore Gewessler, frühere Umweltministerin und inzwischen neue Bundessprecherin der Grünen.

Auch aus der Wirtschaft waren zahlreiche negative Stellungnahmen zu der Maßnahme gekommen. Der Sport- und Fahrradfachhandel zeigte sich „irritiert“ über das abrupte Auslaufen und forderte eine Übergangslösung. Der Elektrofachhandel berichtete, die Betriebe seien mit Stornierungen und verärgerten Kundinnen und Kunden konfrontiert. Dass das Programm völlig unerwartet und ohne Vorwarnung gestoppt wurde, sei für den Handel kaum nachvollziehbar und führe zu „massiver Unruhe“, so ein Branchenvertreter. (APA/red.)

Social Media. Social-Media-Plattformen sollen ab 2026 nur noch ab 15 Jahren zugänglich sein. Technisch sei das jedoch nicht umsetzbar, warnt Datenschutzexperte Thomas Lohninger.

Regierung arbeitet an digitalem Türsteher

VON BARBARA STEINBRENNER

Wien. Nur wenige Tage nachdem die Messengerüberwachung gesetzlich beschlossen wurde, plant die Regierung den nächsten Vorstoß in der digitalen Welt. Wie Jörg Leichtfried (SPÖ), Staatssekretär für Staatsschutz, am Wochenende angekündigt hat, soll es noch heuer eine Regelung geben, durch die Jugendliche erst ab 15 Jahren Zugang zu Social-Media-Plattformen erhalten. Auslöser dafür ist der Amoklauf an einer Grazer Schule vor einigen Wochen. Details zur Durchsetzung des Alterslimits nannte Leichtfried nicht. Doch Datenschutzexperten von Epicenter.works zweifeln an der Umsetzbarkeit.

Fest steht: Kinder und Jugendliche verbringen immer mehr Zeit vor dem Bildschirm. Österreich zählt im internationalen Vergleich zu den Spitzenreitern, wie eine im Mai dieses Jahres veröffentlichte Studie der OECD (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) zeigt. 47 Stunden pro Woche verbringen 15-Jährige in Österreich im Schnitt vor den Bildschirmen. Das sind knapp sieben Stunden pro Tag. Lediglich Kinder in Polen und Estland verbringen noch mehr Zeit mit den digitalen Begleitern. Diese sind Treffpunkt, Bühne und Nachrichtenquelle gleichermaßen. Dabei kommen Jugendliche aber auch ständig mit gefährlichen Internet-Challenges, Desinformation, Cybermobbing in Kontakt.

Die Psyche leidet

Zahlreiche Studien belegen, dass Social-Media-Plattformen einen schlechten Einfluss auf Jugendliche und direkten negativen Einfluss auf die Psyche haben. Selbst interne Untersuchungen, die von 2018 bis 2021 bei Instagram und Facebook durchgeführt wurden, haben den gravierend negativen Effekt auf junge Menschen auf Tausenden Seiten analysiert. Doch Änderungen oder Schutzmechanismen wurden nicht vorgenommen. Öffentlich wurden sie erst durch eine Mitarbeiterin, die im Oktober 2021 als Whistleblowerin an den US-Kongress herantrat und diese Unterlagen publik machte. Unzu-



Bis Ende des Jahres soll die Altersbeschränkung kommen. Stockplanets

frieden mit dem eigenen Körper, unglücklich über die nicht perfekten Maße, die überflüssigen Kilos. „Alles, was am Selbstbewusstsein kratzt, machen wir noch schlimmer“, heißt es an einer Stelle der internen Instagram-Untersuchung.

Die heimische Regierung will nun mit einer Altersbeschränkung Kinder vor diesen Inhalten schützen. Die Datenschutzorganisation Epicenter.works sieht hingegen ein pauschales Verbot „mit starren Altersgrenzen“ kritisch, wie Thomas Lohninger gegenüber der „Presse“ sagt. „Das ist nicht mit den Grundrechten von Kindern und Jugendlichen vereinbar und wird technisch auch nicht umsetzbar sein“, sagt der Geschäftsführer der NGO.

Zumindest nicht, wenn Leichtfried an seinem Zeitplan festhält. Demnach will der Staatssekretär bis Jahresende die Altersgrenze umge-

setzt wissen. Er sagt zwar, dass eine EU-Verordnung „sinnvoller wäre, weil sie viel breiter greift“. Die einzige technische Möglichkeit wäre die ID Austria. Damit wäre eine Altersüberprüfung grundsätzlich möglich. Doch diese, warnt Lohninger, wäre „definitiv keine datenschutzfreundliche Lösung“. Denn die ID Austria basiert auf einem Gesetz von 2017 und folgt damit einem technisch wie rechtlich veralteten Standard.

Neues System 2026

Derzeit vertrauen Plattformen im Internet auf die Ehrlichkeit der Nutzer. Auf Facebook, Instagram und TikTok findet keine Prüfung des Alters statt. Das gilt aber auch für die EU-Länder, in denen seit mehr als sieben Jahren die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) gilt und eine Altersbeschränkung ab 14 Jahren vorgesehen ist. „Seit mehr als sieben Jahren

könnte es massive Strafen dafür geben, dass nicht geschäftsfähige Kinder und Jugendliche gezielt von großen Plattformen geködert und abhängig gemacht werden“, sagt Lohninger. Doch das wurde verabsäumt. Neue Gesetze würden dieses Problem nicht lösen. Nicht nur in Österreich ist der Wunsch nach einer Altersbeschränkung gewünscht. Nach Vorstößen von Griechenland, Spanien und Frankreich wird

nun an einer EU-weiten technischen Lösung gearbeitet. Diese soll aber erst Ende 2026 umgesetzt werden können. Im Gegensatz zur ID Austria wird dadurch garantiert, dass die Interaktionen nicht auf einen User zurückverfolgt werden können. Zudem sollen die Systeme nicht in das Nutzungsverhalten einsehen, und es soll lediglich das Alter geprüft werden. Dennoch, so Lohninger, sei statt eines Verbots eine Investition in Medienbildung unerlässlich.

“
Das wird technisch auch nicht umsetzbar sein.

Thomas Lohninger
Epicenter.works

“
Wir müssen etwas tun, um die Kinderzimmer wieder sicher zu machen.

Jörg Leichtfried (SPÖ)
Staatssekretär